

Aufsätze/Berichte

Soziale Netzwerke: Löschen und Sperren – was ist erlaubt?

Der Verfasser des Beitrags, Prof. Dr. Matthias Friehe (EBS Law School/Wiesbaden) erörtert eingehend die Rechtslage, die das Löschen von Inhalten und die Sperrung von Accounts seitens der sozialen Netzwerkbetreiber betrifft. Dabei nimmt er sowohl das Rechtsverhältnis zwischen Netzwerkbetreiber und Nutzerinnen sowie Nutzern als auch das Rechtsverhältnis zwischen den Nutzenden untereinander in den Blick. Bei den Streitigkeiten, die mittlerweile „flächendeckend Einzug in die Gerichtssäle“ genommen hätten, stehe insbesondere die Fragestellung im Raum, ob die sozialen Netzwerkbetreiber auch rechtmäßige Inhalte, die nicht gegen Strafgesetze oder absolute Rechte Dritter verstießen, löschen dürften. In diesem Zusammenhang stehe die Rechtsprechung vor einer Grundsatzentscheidung, die „den rechtlichen Rahmen für die digitalisierte Demokratie auf Jahrzehnte prägen wird“. Dürfen die Netzwerkbetreiber eigene Regeln abfassen, welche Inhalte sie auf ihren Plattformen dulden, oder sind sie verpflichtet, sämtliche Meinungsäußerungen zuzulassen, die nach allgemeinen Gesetzen zulässig sind?

Quelle:

Friehe, M. (Inhaber einer Qualifikationsprofessur für Staats- und Verwaltungsrecht an der EBS Law School/Wiesbaden): *Löschen und Sperren in sozialen Netzwerken*. In: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), 24/2020, S. 1697 f.

Facebooks Oversight Board – Verfassungsgericht für inhaltliche Entscheidungen?

Facebook richtet eine Art obersten Gerichtshof ein, der in Härtefällen darüber entscheiden soll, ob ein Beitrag zu Recht durch das soziale Netzwerk gelöscht wurde. 20 der geplanten 40 Mitglieder des Expertengremiums wurden nun vorgestellt. Darunter nicht minder prominente Personen wie die Friedensnobelpreisträgerin Tawakkol Karman oder die ehemalige dänische Premierministerin Helle Thorning-Schmidt. Die Autorin des Beitrags, Lisa Hegemann, beschreibt u. a. die Arbeitsweise und Entscheidungsfindung des Boards. Von Facebook unabhängig soll es agieren und eine von ihm getroffene Entscheidung unanfechtbar sein, selbst für Mark Zuckerberg persönlich. Finanziert werden die Mitglieder nicht von Facebook direkt, sondern mittelbar, über einen Treuhandfonds, den das Unternehmen aufgesetzt hat. Die Autorin befindetet, dass Facebook mit der Schaffung dieses Gremiums vieles richtig gemacht habe, es verbleibe aber die Frage, inwiefern ein Gremium komplett autark agieren könne, wenn es „von der Firma, die es kontrollieren soll, initiiert und auch bezahlt wird“.

Quelle:

Hegemann, L.: *Oversight Board. Facebooks neue Wächter*. In: Zeit online, 06.05.2020. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de> (letzter Zugriff: 22.06.2020)

Recht im Bereich der Medienbildung

Urheberrecht im Bildungsbereich: Was sollten Schülerinnen und Schüler sowie Studierende wissen?

iRights.info bündelt die wichtigsten Fragen und Antworten, mit denen sich Lernende im Zuge ihrer Ausbildung auseinandersetzen müssen. Ausführlich wird u. a. die Frage erörtert, was unter einem Zitat oder einem Plagiat zu verstehen ist oder was es zu beachten gilt, wenn man fremde oder eigene Arbeiten veröffentlichen will.

Quelle:

Pachali, D.: *Urheberrecht für Lernende: Häufige Fragen und Antworten*. In: iRights.info, 26.03.2020. Abrufbar unter: <https://irights.info> (letzter Zugriff: 22.06.2020)

„Covid-19-Maßnahmen“: zulässige Einschränkung von Grundrechten?

Welche Grundrechte sind durch die „Coronamaßnahmen“ wie beispielsweise durch Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen betroffen? Und ist dies überhaupt rechtlich zulässig? Zu diesen Fragen bietet das Dossier *Grundgesetz & Grundrechte in Zeiten der Corona-Pandemie* der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (lpb) umfassend Erläuterungen und Antworten. Anhand von Beispielen legt der Verfasser, Prof. Dr. Reinhold Weber, dar, wie schwierig eine erforderliche Güterabwägung zwischen den einzelnen Positionen ist: individuelles Recht des Einzelnen auf seine Grundrechte versus das Allgemeinwohl (hier: die Gesundheit der Bevölkerung).

Quelle:

Weber, R. (Aufbereitung für das Netz: Internetredaktion der lpb): *Grundgesetz & Grundrechte in Zeiten der Corona-Pandemie*. In: lpb-bw.de, 20.05.2020. Abrufbar unter: <https://www.lpb-bw.de> (letzter Zugriff: 22.06.2020)